

Fakten und Hintergründe

Die AfD: Keine Alternative.

THEMENSPICKER



Zukunft? Nein, Danke!

„Dem Klimawandel positiv begegnen“

Menschengemachter Klimawandel? Angeblich nicht nachgewiesen. Klimaschutz? Das Klima sei „bei weitem nicht schutzfähig“. Umbau der Industrie? Nicht nötig. Die Haltung der AfD verdrängt nicht nur die Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist existenzgefährdend.

Das fordert die AfD:

- Kündigung des Pariser Klimaabkommens. Raus aus allen Klimazustimmabkommen.
- Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft zurücknehmen
- Die Bau von Solar- und Windenergieanlagen ist die Bewahrung des „heimatlichen Landschaftscharakters“. Im Klartext: Besser keine neuen PV-Anlagen.

Die Haltung der IG Metall:

- Deutschland muss auch in Zukunft ein starkes sozial und ökologisch nachhaltiges Land sein.
- Wandel findet längst statt. Die Politik muss begleiten, sonst bleiben Beschäftigte auf der Strecke.

Meinungsfreiheit!

Strategisches Kampftema der AfD

Bei jeder Gelegenheit behauptet die AfD, die Meinungsfreiheit in Deutschland sei in Gefahr. Schuld seien „Altparteien“, linker Mainstream und die Medien. Sogar seinen Arbeitsplatz könne man deshalb verlieren ...

Was steckt dahinter?

- Meinungsfreiheit heißt nicht, dass der Rest der Welt diese Meinung teilen muss. Diesen Umstand verdreht die AfD. Wird ihr widersprochen, lamentiert sie sofort, dass man seine Meinung nicht mehr sagen dürfe.
- Wie die „neue Rechte“ insgesamt braucht die AfD diese Behauptung, um sich selbst als „Retterin der Demokratie“ aufzuspielen, als „wahre Stimme des Volkes“.
- Exakt dasselbe Vorgehen sehen wir bei „Zentrum Automobil“ und „Ein Prozess“.

Die Haltung der IG Metall

Rassismus und Rechtsextremismus

Fester Bestandteil in der AfD

Mehr als eine Rolle rückwärts

Das Familienbild der AfD

Partei für „kleine Leute“?

Gerecht geht anders

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie mangelhaft die öffentliche Infrastruktur ist – ganz zu Schweigen vom stockenden Ausbau neuer Infrastrukturen. Gesellschaft und Industrie suchen eine mutige Investitionsoffensive. Und die muss anisiert werden.

Die Antwort der AfD:

- Steuern senken, Bürokratie abbauen, „Entscheidung“ des Staates und Flexibilisierung des Arbeitsrechts
- Investitionen auf die beiden großen Steuerarten (Einkommensteuer und Einkommensteuer)
- Abschaffung von Grunderwerb-, Gewerbesteuer und Erbschafts- und Schenkungssteuer. Abschaffung des „off“ auch für die Reichen, keine Vermögenssteuer

Wen davon profitieren würde? Unternehmen und reiche Leute. Die zahlen einen Großteil der Steuern, die die IG Metall befreit. Überwiegend private Haushalte überlegen sich, was sie mit dem Geld machen.

Mit der AfD ist 2017 eine populistische und rassistische Rechtsaußen-Partei in den Bundestag eingezogen. Seitdem hat sich die Debattenkultur – nicht nur im Parlament – extrem verändert. Von „Kultur“ kann da oft keine Rede mehr sein.

Als Teil der „neuen Rechten“ erfüllt die AfD ihre Rolle: sie versucht den Diskurs nach rechts zu verschieben, sie polarisiert und spaltet. In den sozialen Medien hetzen manche Abgeordnete auf demselben Niveau und mit denselben Argumenten, die Faschisten seit jeher nutzen.

Was also ist neu an der „neuen Rechten“? Inhaltlich nichts, nur ihre Methoden und ihre bessere Vernetzung. Das alte Ziel aber bleibt: Abschaffung der offenen Gesellschaft – Abschaffung der Demokratie. Dagegen hilft nur Wachsamkeit und klare Kante. **Keinen Millimeter nach rechts!**





Meinungsfreiheit!

Strategisches KampftHEMA der AfD

Bei jeder Gelegenheit behauptet die AfD, die Meinungsfreiheit in Deutschland sei in Gefahr. Schuld seien „Altparteien“, linker Mainstream und die Medien. Sogar seinen Arbeitsplatz könne man deshalb verlieren ...

› Was steckt dahinter?

- Meinungsfreiheit heißt nicht, dass der Rest der Welt diese Meinung teilen muss. Diesen Umstand verdreht die AfD: Wird ihr widersprochen, lamentiert sie sofort, dass man seine Meinung nicht mehr sagen dürfe.
- Wie die „neue Rechte“ insgesamt braucht die AfD diese Behauptung, um sich selbst als „Retterin der Demokratie“ aufzuspielen, als „wahre Stimme des Volks“.
- Exakt dasselbe Vorgehen sehen wir bei „Zentrum Automobil“ und „Ein Prozent“.

› Die Haltung der IG Metall

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Unverzichtbar dabei ist gegenseitiger Respekt. Beleidigungen, Verunglimpfungen und Hassrede gehören nicht dazu.

Demokratie oder was?

Schein und Sein der AfD

Sie ist ihr ein Dorn im Auge, die offene liberale Gesellschaft mit all ihrer Toleranz und Diversität. Die AfD tritt für ein anderes Deutschland ein, für „Deutschland, aber normal“. Was „normal“ ist, definiert sie allein. Für alle anderen gilt: „Wir werden sie jagen!“*

› Unterwanderung der Demokratie

- Die Strategie ist nicht neu, aber brandgefährlich: Jede Unzufriedenheit in der Bevölkerung wird von der AfD gekapert, um die Demokratie an sich zu beschädigen.
- Zum Beispiel Corona: Forderte die AfD zu Anfang noch knallharte Einschränkungen, schwenkte sie mit Aufkommen der „Querdenken-Protteste“ blitzschnell um. Nun behauptet sie, sie allein verteidige die Bürgerrechte gegen die „Corona-Diktatur“.

› Dagegen hilft nur klare Kante!

Alles, was die AfD tut und sagt, dient dem Ziel, das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern und die Gesellschaft zu spalten. Konstruktive Lösungen hat sie nicht. Deshalb müssen wir der blau-braunen Stimmungsmache konsequent entgegenzutreten.

* Alexander Gauland, nach der Bundestagswahl 2017



Zukunft? Nein, Danke!

„Dem Klimawandel positiv begegnen“

Menschengemachter Klimawandel? Angeblich nicht nachgewiesen. Klimaschutz? Das Klima sei „per se nicht schutzfähig“. Umbau der Industrie? Nicht nötig. Die Haltung der AfD verdrängt nicht nur die Herausforderungen unserer Zeit. Sie ist existenzgefährdend.

› **Das fordert die AfD:**

- Kündigung des Pariser Klimaabkommens. Raus aus allen Klimaschutzmaßnahmen.
- Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft zurücknehmen.
- Der Bau von Solar- und Windenergieanlagen soll sich an der Bewahrung des „heimatlichen Landschaftsbildes“ orientieren. Im Klartext: Besser keine neuen Windräder.

› **Die Haltung der IG Metall:**

- Deutschland muss auch in Zukunft ein starkes Industrieland sein. Das geht aber nur mit einer Industrie, die sozial und ökologisch nachhaltig ist.
- Wandel findet längst statt. Die Politik muss ihn aktiv begleiten, sonst bleiben Beschäftigte auf der Strecke.

- Klimapolitik darf nicht bei Zielen stehen bleiben. Sie muss realistische Umsetzungspfade aufzeigen und unterstützen.

› **Energie- und Mobilitätswende?**

Will die AfD dem Markt überlassen:

- Wasserstoff sei nicht nötig, „großtechnisch“ bisher nicht herstellbar, Erdgas reiche vollkommen aus.
- Keine „einseitige“ Förderung der Elektromobilität. Lieber dauerhaft am Verbrennungsmotor festhalten und den Diesel „retten“. Die Bundesregierung sei auf einem Kreuzzug gegen die Autobranche. Was die AfD dabei „übersieht“: Die Branche hat sich längst auf den Weg Richtung Elektromobilität und klimaneutrale Antriebe gemacht.

› **Das fordert die IG Metall zu diesen Punkten u.a.:**

- Ladeinfrastruktur und Batteriezellfertigung mit Hochdruck aus- und aufbauen, E-Autos, aber auch Plug-in-Hybrid-Modelle als Übergangstechnologie fördern
- Förderung strategischer Leitmärkte, etwa für Halbleiter, strombasierte Kraftstoffe und autonomes Fahren
- den Aufbau eines Wasserstoff-Ökosystems – von Produktion über Lagerung bis zu Verteilnetzen
- Ausbau erneuerbarer Energien ankurbeln, für Flächenverfügbarkeit sorgen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, Strompreis senken



Partei für „kleine Leute“?

Gerecht geht anders

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie mangelhaft die öffentliche Infrastruktur ist – ganz zu schweigen vom stockenden Aufbau neuer Infrastrukturen. Gesellschaft und Industrie brauchen eine mutige Investitionsoffensive. Und die muss finanziert werden.

› Die Antwort der AfD:

- Steuern senken, Bürokratie abbauen, „Entschlackung“ des Staates und Flexibilisierung des Arbeitsrechts
- Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer)
- Abschaffung von Grundsteuer, Gewerbesteuer und Erbschafts- und Schenkungssteuer, Abschaffung des „Soli“ auch für die Reichsten, keine Vermögenssteuer

Wer davon profitieren würde? Unternehmen und reiche Familien. Die zahlen einen Großteil der Steuern, die die AfD abschaffen will. Die Umsatz- und Einkommensteuer hingegen betrifft überwiegend private Haushalte über den Lohnzettel und den täglichen Einkauf.



› **Die AfD verweist häufig auf das Leitbild der Marktwirtschaft. Aktive Industriepolitik diffamiert sie als „sozialistisch“**

- Die AfD will sich auf private Investitionen in Technologien beschränken – gezielte staatliche Investitionen und Lenkung lehnt sie ab.
- Die Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland sollen verbessert, die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand gebracht und Staatseingriffe in den Energiemarkt beendet werden. Über die Finanzierung schweigt sich die AfD aus.

› **Das fordert die IG Metall:**

- Abkehr von der schwarzen Null sowie Abschaffung oder Reform der Schuldenbremsen
- einen deutlichen Anstieg der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur
- die Einführung einer progressiven Vermögensteuer für Vermögen, das über 1 Million Euro (bei Einzelpersonen) bzw. 2 Millionen Euro (bei gemeinsamer Veranlagung) hinausgeht
- eine angemessene Besteuerung von Unternehmen
- eine Reform der Einkommensteuer. Sie ist das Kernelement eines umverteilenden Steuersystems. Wir stehen für die Entlastung von geringen und mittleren Einkommen.



„Sozialer“ Nationalismus

Ein diskriminierender Sozialstaat

Das Sozialstaats-Verständnis der AfD ist eine Mischung aus neoliberalen „Leistungsdenken“ und nationalistischer Engstirnigkeit.

› Die Rentenpolitik der AfD:

- Die Entscheidung über den Renteneintritt gehöre in die Hand des Einzelnen. Damit meint die AfD: Es muss jedem ermöglicht werden, „länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten“.
- Die Grundrente betrachten AfD-Politiker als Diskriminierung der Menschen, die ihre Rente „hart erarbeitet“ haben. Damit unterstellt sie, dass Geringverdienende nicht hart arbeiten würden. Frei nach dem Motto: Altersarmut? Selbst schuld, hättest Du mal was „Anständiges“ gearbeitet.
- Die Rentenkasse soll durch Streichung „ideologischer Politikmaßnahmen“ gefüllt werden. Steuererhöhungen werden ausgeschlossen.

› Sozialleistungen für Nichtdeutsche will die AfD eindampfen

- Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige sollen ausnahmslos als Sachleistungen erbracht werden.
- Auch für EU-Bürger*innen sollen Leistungen aus der Grundsicherung auf max. ein Jahr beschränkt werden. Das betrifft den Bezug von ALG II oder das so genannte Sozialgeld für nicht Erwerbsfähige, wie zum Beispiel Kinder.

› Das fordert die IG Metall:

- Gute Renten, nicht möglichst niedrige Beiträge: Wir brauchen ein stabiles, langfristig höheres Rentenniveau, ergänzend eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung und gesicherte Übergänge in den Ruhestand.
- Nein zur Rente mit 67 oder 68. Die durchschnittliche Erwartung von gesunden Lebensjahren stagniert seit Jahren bei gut 65 Jahren für Männer und rund 67 Jahren bei Frauen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters würde für viele Kolleg*innen deshalb nur sichere Abschläge bedeuten.
- Eine solidarische Finanzierung, durch eine Erwerbstätigen- sowie eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die alle Berufsgruppen einbezogen sind.
- Höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Kein Deckel für Sozialabgaben!



Mehr als eine Rolle rückwärts

Das Familienbild der AfD

Ob auf Plakaten oder in Reden: Die AfD stellt die „klassische“ Familie in den Vordergrund. Dass sie eine Rückkehr zu sehr konservativen Strukturen fordert, verwundert nicht. Allerdings ist das, was die AfD im Rahmen der Familienpolitik erreichen will, nicht konservativ: Es gleicht eher einer Rückabwicklung der letzten 75 Jahre.

› **Die Sorge der AfD gilt nicht den Familien, sondern der „Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung“**

- Die AfD will die (deutsche) Familie umfassend fördern, nicht nur materiell, sondern auch in Form von Kampagnen und Leitbildern.
- Nach ihrer Vorstellung besteht eine Familie aus Mutter-Vater-Kindern, Leitbild soll die „3-Kind-Familie“ sein. Das geht an der Vielfalt der Lebensplanungen in diesem Land komplett vorbei.
- Um ihre Vorstellungen zu verwirklichen, will sie eine „geburtenfördernde“ Familienpolitik durchsetzen.

- Die Kinder sollen in den ersten Jahren ausschließlich zu Hause betreut werden.

Dahinter steht nicht nur das überkommene „Frauen an den Herd“-Bild der 1950er Jahre, dahinter steht die gleiche Motivation, die Frauen einstmals das Mutterkreuz beschert hat. Denn die möglichst vielen Kinder sollen in erster Linie geboren werden, damit das deutsche Volk nicht ausstirbt. Bei der AfD liest sich das so: „Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung ...“ oder „Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung.“

› **Nicht mit uns!**

Erfolge in der Gleichstellung und der Emanzipation dürfen nicht wieder zurückgedreht werden. Die Corona-Krise war und ist hier Rückabwickler genug: Frauen tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, verdienen weniger und werden schneller vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Ausbildungswünsche und Lebensplanungen sind außerdem so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Feste Rollenbilder widersprechen dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die IG Metall steht für Chancengleichheit und echte Gleichstellung. Für ein solidarisches Miteinander. Und für Förderung und Unterstützung, dort wo es nötig ist.



Rassismus und Rechtsextremismus

Fester Bestandteil in der AfD

Auch wenn die rassistischen Pöbeleien von AfD-Politiker*innen öffentlich nicht mehr so massiv und schrill klingen wie noch vor fünf Jahren, sollte klar sein: Die AfD ist eine rassistische und diskriminierende Partei, die als Teil der „neuen Rechten“ nicht ohne Grund in großen Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

› **Alter Wein in neuen Schläuchen**

- Um anschlussfähiger in Richtung Mitte der Gesellschaft zu sein, versteckt die „neue Rechte“ ihren Rassismus heute in anderen Begrifflichkeiten. Statt von „Rassen“ spricht sie lieber von den kulturellen Identitäten der verschiedenen Völker. „Vermischung“ unerwünscht.
- Diese Haltung der AfD bedeutet in der praktischen Konsequenz nichts anderes als das alte „Deutschland den Deutschen“-Gegröle der Rechten. Und die Forderung nach Re-Migration heißt übersetzt auch nur „Ausländer raus!“



› **Von „Minus-Migration“ bis zu Grenzzäunen**

- In der Asyl- und Einwanderungspolitik setzt die AfD auf absolute Abschottung und auf ihre übliche Diffamierung von Migrant*innen mit Begriffen wie „Asylmissbrauch“ oder „Zuwandererkriminalität“.
- Ins Visier nimmt die AfD dabei hauptsächlich Menschen aus Afrika sowie dem arabischen Raum und natürlich Muslime, egal welcher Herkunft und Nationalität.

› **Dahinterschauen**

- Teile der AfD bemühen sich vehement um einen bürgerlichen Anstrich und distanzieren sich (bei Bedarf) von rechtsextremen Aussagen – ohne aber die dahinterstehenden Positionen in Frage zu stellen.
- Noch immer hat der (offiziell aufgelöste) rechtsextreme Flügel viel Macht in der Partei. Und er baut sie aus. Das zeigt auch die Nominierung des aktuellen Spitzenduos.

› **Positionieren**

- Wir stellen uns klar gegen Hetze und Diffamierung: Ob im Betrieb oder in der Gesellschaft – wir bleiben vielfältig!
- In Diskussionen ist es wichtig, die eigene Haltung in den Mittelpunkt zu stellen: Wofür stehe ich/stehen wir? Wie wollen wir leben, in was für einer Gesellschaft? Hier einen klaren Standpunkt zu vertreten bewirkt mehr, als sich an den Einzel-Themen der Rechtspopulisten abzuarbeiten!

Die IG Metall steht für eine Politik
des **fairen Wandels**. Für soziale
Sicherheit und Gerechtigkeit.
Diskriminierung, Rassismus, Hass
und Hetze zeigen wir
die rote Karte.



Unsere Forderungen zur Bundestagswahl
und weitere Informationen findest Du auf
www.igmetall.de/wahl21

www.igm-spicker.de